

Postbus nicht verscherbeln ! Linksgewerkschafter gegen Privatisierungsgelüste

Wien (OTS) - Mit Betriebsversammlungen reagierten die Beschäftigten im Bereich Postbus auf die Absichten des Vorstandes, der die Paket- und Briefbeförderung ausgliedern und fremdvergeben will und damit - so die berechtigten Befürchtungen - den gesamten Restbereich über die Fusionierung mit dem Bahnbus zur Privatisierung vorbereitet.

Damit nehmen auch die von seiten der FSG immer wieder als "Verunsicherung" abgetanen Warnungen des Gewerkschaftlichen Linksblocks konkrete Form an: Der GLB hat immer darauf hingewiesen, daß die Unternehmensführung von Seiten des Eigentümers, des Staates, einen Privatisierungsauftrag hat, der mit Sicherheit zur Durchführung kommen wird, wenn nicht die Bediensteten, die Gewerkschaft und die Öffentlichkeit Druck machen. Die bisherige Bundesregierung wird sich in diesem Punkt auch nicht von einer neuen Regierung - wie immer diese konkret aussehen mag - unterscheiden: "Weniger Staat, mehr Privat", ist schon lange nicht mehr allein die Losung der Konservativen. Auch die Sozialdemokratie sieht offenbar im Ausverkauf öffentlicher Betriebe den 'richtigen Weg', um Geld zum Stopfen der Budgetlöcher zu besorgen. Somit wäre auch ein mit dem Bahn-Bus fusionierter, bis auf den Personenverkehr 'entsorgter' Post-Bus privatisierungsgefährdet.

Das ist auch der Grund, warum vom Eigentümer kein Einwand gegen den Ausverkauf zu erwarten ist, und warum Gewerkschaft und Personalvertretung alle nur erdenklichen Schritte und Maßnahmen setzen müssen, um diesen Kurs zu durchbrechen. Längerfristig gibt es nur eine vernünftige Lösung, und das ist die strategische Partnerschaft von Post- und Bahn-Bus unter Einbeziehung des Güterbeförderungsbereiches der Post, um zu einem zukunftsorientierten Unternehmen zu kommen, das sowohl der Konkurrenz als auch den Privatisierungsgelüsten die Stirn bieten kann. Weiter gedacht, wäre der Güterbereich unter Nutzung der gemeinsamen Kapazitäten sogar noch über den engeren Postbereich hinaus entwickelbar - und dies im Rahmen eines Unternehmens, das in der öffentlichen Hand bleibt !

Rückfragehinweis: Gewerkschaftlicher Linksblock
Tel. (01) 718 26 23

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0135 1999-12-09/11:18

091118 Dez 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19991209_OTS0135